



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 27.06.2025

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 30. Juni 2025

Fokusthema: Wohnungs-Initiative

Der Kantonsrat wird sich am Vormittag seiner Doppelsitzung unter anderem nochmals mit der Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» und der Umsetzung des Gegenvorschlags zur «Anti-Chaoten-Initiative» befassen. Am Nachmittag (ab 14:30 Uhr) sind zunächst die Traktanden 12 bis 19 vorgesehen, darunter die Redaktionslesungen zur BVG- und Stiftungsaufsicht und zu den Vorgaben für die Elektrizitätswerke des Kantons zu den Klimazielen und zur Versorgungssicherheit. Anschliessend sollen noch die Vorstösse vor Traktandum 12 behandelt werden, für die am Vormittag die Zeit nicht mehr gereicht hat.

Wohnungs-Initiative für ein Vorkaufsrecht der Gemeinden

Erstes Geschäft ist die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich», mit der es Gemeinden erlaubt werden soll, ein Vorkaufsrecht für Grundstücke einzuführen und damit den Bau günstiger Wohnungen zu fördern ([5969](#)). In der ersten Lesung hatte sich der Rat für einen Gegenvorschlag ausgesprochen. Dieser enthält kein Vorkaufsrecht, sondern sieht vor, den Rahmenkredit der kantonalen Wohnbauförderung auf 360 Millionen Franken zu verdoppeln. In der zweiten Lesung geht es noch darum, die Vorlage redaktionell zu bereinigen und vor allem zu entscheiden, ob die Volksinitiative zur Ablehnung empfohlen wird, wie das die Mehrheit der vorberatenden Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit: Rafael Mörgeli (SP, Stäfa), 077 428 98 30

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Berichte der Ombudsstelle und der Gebäudeversicherung und eine Fristverlängerung

Eher Formsache ist die anschliessende Behandlung des Tätigkeitsberichts der kantonalen Ombudsstelle für 2024. Dieser Bericht wird jeweils vom Kantonsrat formell genehmigt, und die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Rat einstimmig, das zu tun ([KR-Nr. 123/2025](#)). Dasselbe gilt für den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung der Gebäudeversicherung, die die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) vorberaten hat ([6018](#)). Nicht einig war sich hingegen die GPK bei der Fristerstreckung, die der Regierungsrat für seine Berichterstattung zum Postulat «Auch ZL-Bezügerinnen und Bezüger haben Anrecht auf ein Einzelzimmer in einer Altersinstitution» beantragt ([KR-Nr. 30/2023](#)). Der Regierungsrat begründet dies damit, dass die Ergebnisse einer Studie abzuwarten seien. Folgt der Rat der Mehrheit der GPK, erhält der Regierungsrat ein weiteres Jahr Zeit, seinen Bericht vorzulegen. Eine Minderheit beantragt, die Fristerstreckung nicht zu gewähren.

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

Minderheit: René Isler (SVP, Winterthur), 079 201 53 32

AWU-Präsidentin: Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), 079 835 90 46

Bereinigung des «Anti-Chaoten»-Gegenvorschlags und parlamentarische Initiativen

Der politische Streit über die Umsetzung des Gegenvorschlags zur «Anti-Chaoten-Initiative» im Polizeigesetz ist schon entschieden. Der Rat hat den Entwurf in der ersten Lesung gutgeheissen.

Dieser sieht unter anderem vor, dass jene zur Kasse gebeten werden, die mit ihrem Verhalten vorsätzlich einen ausserordentlichen Polizeieinsatz auslösen. In der zweiten Lesung geht es jetzt nur mehr um die redaktionelle Bereinigung ([5960](#)).

Anschliessend ist eine Reihe parlamentarischer Initiativen traktandiert, bei denen es darum geht, ob sie einer Kommission zur weiteren Behandlung zugewiesen werden. 60 Stimmen sind für diese vorläufige Unterstützung nötig. Die Initiativen, die am Vormittag nicht mehr behandelt werden können, werden am Nachmittag nach Abschluss des Traktandums 19 beraten – soweit die Zeit reicht. Mit dem ersten dieser Begehren will SP-Kantonsrätin Sibylle Jüttner ins Mittelschulgesetz schreiben, dass der Kanton Lehrmittel bis zur Vollendung der obligatorischen Schulzeit unentgeltlich zur Verfügung stellt ([KR-Nr. 108/2025](#)). Mit der zweiten Initiative nimmt SVP-Kantonsrat Domenik Ledergerber die Forderung zur Reduzierung der Sitzungen des Kantonsrates wieder auf. Im Unterschied zur Vorlage, die vor einem Jahr im Rat knapp gescheitert war, geht es jetzt nicht mehr um eine Halbierung der Sitzungstage, sondern um drei statt vier Sitzungen pro Monat. Die Initiative wird von der FDP, der Mitte und der EVP unterstützt ([KR-Nr. 109/2025](#)). Bei der nächsten parlamentarischen Initiative geht es darum, dass der Regierungsrat mit dem Geschäftsbericht keine Vorstösse mehr zur Abschreibung beantragen können soll. Die von Mitte-Kantonsrat und GPK-Präsident Jean-Philippe Pinto eingereichte Initiative wird von allen Fraktionen ausser der SVP und der EVP unterstützt ([KR-Nr. 159/2025](#)). AL-Kantonsrätin Gianna Berger verlangt eine höhere Besteuerung der Dividenden bei qualifizierten Beteiligungen. Konkret soll der steuerbare Anteil von 50 auf 70 Prozent steigen ([KR-Nr. 173/2025](#)). Und FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois fordert zusammen mit Mitunterzeichnenden aus der SVP und der Mitte, für Motorwagen mit elektrischem Antrieb eine Verkehrsabgabe einzuführen. Das soll dem Strassenfonds wieder mehr Mittel verschaffen ([KR-Nr. 178/2025](#)).

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63
Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44
Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), 079 295 90 22
Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22
Gianna Berger (AL, Zürich), gianna.berger@bluewin.ch
Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38

Drei Redaktionslesungen und eine Wahl

Nach den Kreditabrechnungen, die im schriftlichen Verfahren erledigt werden (vgl. unten), stehen drei Redaktionslesungen an, in denen – abgesehen von der Schlussabstimmung – in der Regel keine politischen Entscheidungen mehr getroffen werden. Die erste betrifft das Gesetz über die BVG- und Stiftungsaufsicht. Es sieht den Beitritt zu einer Interkantonalen Vereinbarung vor, mit der die Aufsichtsregionen Zürich und Ostschweiz zusammengelegt werden ([5963](#)). Mit der Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte wird neu festgelegt, dass das 3-Prozent-Quorum bei Kantonsratswahlen sich auf die Wählerinnen- und Wählerzahlen und nicht auf die Parteistimmen bezieht – eine Neuerung, die bei den drei vergangenen Wahlen nichts an der Zusammensetzung des Rats geändert hätte ([5951](#)). Beim EKZ-Gesetz schliesslich ist die letzte parlamentarische Runde bereits die dritte Lesung, weil der Rat in der zweiten Lesung noch einen inhaltlichen Antrag übernommen hatte. Er strich den Fonds wieder aus dem Gesetz, aus dem ursprünglich die Massnahmen für die Energiewende hätten finanziert werden sollten. Der Fonds sei dazu nicht nötig ([KR-Nr. 255/2021](#)). Im Anschluss ist die Wahl der Mitglieder des Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten für die Amtsdauer 2025–2031 traktandiert. Der Rat wählt diese Mitglieder auf Antrag des Regierungsrats. In der Justizkommission (JUKO), die diesen Antrag vorab prüft, waren die Vorschläge nicht umstritten.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63
JUKO-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

Schriftliche Verfahren:

Diskussionslos behandelt, weil unumstritten, werden am Montag die Traktanden 12 bis 15:
- Abrechnung des Objektkredits für den Ausbau des Chämtnerbaches in Wetzikon ([3648](#))

- Abrechnung Objektkredit Neubau Mehrzweckgebäude Berufsschule Rüti ([5425](#))
- Abrechnung Objektkredit für die Erstellung Erweiterungsbau Universität Zürich ([5155](#))
- Abrechnung des Rahmenkredits für den Betrieb der Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich für die Spielzeiten 2018/19 – 2023/24 ([5367](#))

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35
Frank Sieber, stv. Medienbeauftragter, 078 835 56 55